

*Patrik von zur Mühlen***Neuere Forschungen über Repression und Widerstand in der frühen DDR**

Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Ch. Links Verlag, Berlin 1995, 430 S., brosch., 38 DM.

Manfred Hagen, DDR Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1992, 248 S., kart., 38 DM.

Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.), Der Tag X – 17. Juni 1953. Die innere Staatsgründung der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Ch. Links Verlag, Berlin 1995, 359 S., brosch., 38 DM.

Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller, Anpassung-Widerstand-Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945–1961, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1994, 566 S. Pb., 48 DM.

Karl Wockenfuß, Einblicke in Akten und Schicksale Rostocker Studenten und Professoren nach 1945, Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS), Rostock o.J., 127 S., kart., o. Pr.

Karl Wockenfuß, Streng vertraulich. Die Berichte über die politische Lage und Stimmung an der Universität Rostock 1955 bis 1989, Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS), Rostock 1995, 265 S., kart., o. Pr.

Repression und Widerstand sind in einer Diktatur komplementäre Phänomene: das erste provoziert das zweite, worauf das Regime in der Regel neue Varianten der Repression entwickelt. Diese Feststellung gilt in besonderem Maße für kommunistische Diktaturen, die sich durch grobschlächtiges Verhalten und plumpe Propaganda nicht nur gegen die »gewachsenen« Opponenten künstlich ihre Feinde schaffen. Aber während die Bürger in vielen anderen kommunistischen Staaten dem Regime zumindest eine partielle Legitimität zubilligten, indem sie ihm die Repräsentation nationaler Interessen nach außen zuwiesen, fehlte in der DDR auch dies. Die breite Bevölkerung empfand das SED-Regime und den SED-Staat zumindest in deren Frühphase als Fremdherrschaft, als ein von der sowjetischen Besatzungsmacht eingesetztes Quisling- und Kollaborationsregime ohne jede Legitimität, dem man auch nicht eine Vertreterrolle nationaler Interessen nach außen zubilligte.

Das SED-Regime befand sich damit in einer schwierigen Lage. Es bekämpfte rigoros jeden Widerstand, ja selbst einfache Unmutsbezeugungen über die Verhältnisse und nährte damit weitere Formen der Ablehnung, gegen die es dann wieder repressive Maßnahmen ergreifen mußte. Eines der Repressionsmittel bildete die politische Strafjustiz, über deren Geschichte in der Ära Ulbricht Falco Werkentin eine aufschlußreiche und interessante Studie veröffentlicht hat. Der Verfasser liefert weniger eine Institutionengeschichte, sondern untersucht die wechselnden politischen Funktionen der DDR-Justiz und legt damit ihre von politischen Vorgaben abhängige Wirkungsweise offen. Dieser

instrumentale Charakter der Justiz läßt sich bis in die unmittelbare Nachkriegszeit zurückverfolgen. Nach 1945 konnten Besatzer und SED nur auf sehr wenige kommunistische Juristen zurückgreifen. Sie mußten also auch Angehörige anderer Parteien sowie parteilose Persönlichkeiten, darunter auch frühere Mitglieder ehemaliger NS-Organisationen, in den Justizdienst übernehmen. Überdies bemühte sich die SED um eine gewisse rechtsstaatliche Fassade. Dem Defizit an linientreuen Juristen versuchte die Partei durch die Schnellausbildung sog. Volksrichter zu begegnen. Der Anteil »bürgerlicher« Juristen ging teilweise durch Fluchtbewegungen in den Westen zurück; der Einfluß der verbleibenden wurde durch Kontrollfunktionen ihrer kommunistischen Kollegen sowie der Partei- und Staatsdienststellen reduziert. Frühzeitig wurden Richter und Staatsanwaltschaften in die offizielle Politik eingebunden und den Weisungen des SED-Regimes unterworfen. Richter, die sich weigerten, politische Prozesse zu führen, wurden dazu gezwungen, notfalls aus der Justiz entfernt und nicht einmal als Anwälte zugelassen. In den Strafprozessen wegen »Staatsverrats« und anderer politisch relevanter Delikte brachten Höhe und Art der Urteile die Abhängigkeit vom Politbüro in besonders verhängnisvoller Weise zur Geltung.

Die Strafjustiz unterdrückte öffentliche Diskussionen und offene Formen der politischen Meinungsbildung. Wollte die Partei neue politische Richtlinien durchsetzen, dann wurden administrative Befehle und Propaganda durch die Kriminalisierung wirklicher oder vermeintlicher Gegner ergänzt. Die »Waldheimer Prozesse« lieferten eine Generalprobe für die spätere Praxis gelenkter Scheinprozesse, die auch in Todesurteilen, d. h. Justizmorden, enden konnten. Irrig ist die Annahme einer kontinuierlichen Entwicklung der DDR-Justiz. Auf Phasen einer scheinbaren Liberalisierung folgten solche einer Verschärfung der Rechtspraktiken. Auch Richter und Staatsanwälte konnten dann zum Opfer werden. Juristen wurden gemaßregelt, weil ihre Anklagen bzw. Urteile zu milde, seltener auch, weil sie zu hart ausgefallen waren. Diese Repressionen gegen Staatsdiener förderten die Tendenz zum vorausseilenden Gehorsam im Justizapparat.

Nachdem sich das SED-Regime in den 1960er Jahren, nicht zuletzt durch den Mauerbau 1961, stabilisiert hatte, gab es Ansätze zu einer (Schein-)Liberalisierung, die von neuen Varianten der Repression – Arbeitslager, Zwangsumsiedlungen – beendet wurden. Dennoch bemühte sich das SED-Regime nach Einführung der Verfassung von 1968 um eine modernisierte Rechtsfassade, die nach außen hin den Eindruck größerer Rechtsstaatlichkeit vermitteln sollte. Die alltägliche Wirklichkeit änderte sich nur insofern, als der von der Justiz ausgeübte Terror stärker in die präventive Repression der Staatssicherheit verlagert wurde, so daß die Gerichte in geringerem Maße mit der Strafverfolgung befaßt wurden. Im »simulierten Verfassungsstaat« fungierten Richter als »Zeremonienmeister« und Staatsanwälte als »Souffleure« einer Justizfarce, die bis zum Ende des DDR-Staates Bestand hatte. Werkentin enthüllt auf breiter Quellengrundlage mit vielen Fallbeispielen, angereichert durch statistisches Material, das Bild einer politischen Wirklichkeit, die die Öffentlichkeit im Westen über viele Jahre nicht angemessen zur Kenntnis nehmen wollte. Die flüssig und lesbar geschriebene Studie kann und darf in künftigen Arbeiten über das Herrschaftssystem der SED nicht übergangen werden.

Als markantestes Beispiel des Widerstandes gegen die SED-Herrschaft gilt der 17. Juni 1953, die erste Erhebung gegen eine kommunistische Diktatur innerhalb des sowjetischen Einflußbereichs. Sie war in den 1950er und frühen 1960er Jahren mehrfach Gegenstand der bundesdeutschen historischen Forschung. Danach wurde es etwas stiller um das Thema, nicht zuletzt, weil seine allzu intensive Behandlung als Störelement in der Entspannungspolitik empfunden wurde. Überdies konnten kaum weitere Quellen erschlossen werden, die es erlaubt hätten, den bisherigen Forschungsstand weiterzuentwickeln. Wohl gab es einige Publikationen zum Thema. So legte Arnulf Baring 1983 eine Neuauflage seiner Studie vor, 1988 folgte der von Karl Wilhelm Fricke und Ilse Spittmann

herausgegebene Sammelband. Beide Werke konnten sich aber noch nicht auf Quellen aus dem Innern des SED-Staates stützen. Eine neue Forschungssituation trat erst nach der »Wende« 1989 ein, die ja auch historiographisch einen Neuanfang darstellte. Neues – vor allem SED-internes Material – wurde erstmalig zugänglich, und Zeitzeugen meldeten sich zu Wort, die jahrzehntelang ihre Erinnerungen unter Verschuß halten müssen. Eine Neuerforschung der dramatischen Tage im Juni 1953 war also fällig geworden; sie wurde mit einer beträchtlichen Zahl von inzwischen erschienenen Veröffentlichungen in Angriff genommen, von denen hier einige vorgestellt werden sollen. Relativ kurze Zeit nach dem Zusammenbruch der DDR und der Wiedervereinigung legte Manfred Hagen eine erste Studie vor, die nicht nur auf den früheren Forschungsergebnissen basiert, sondern überdies wesentliche neue Primärquellen verarbeitet hat. Dazu gehören bislang unzugängliche Akten im ehemaligen Zentralen Parteiarchiv der SED sowie Bestände der jetzigen Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, des Stadtarchivs Dresden und der Polizeihistorischen Sammlung der Berliner Polizei. Dazu wertete Hagen auch Bild- und Tonträger sowie Photosammlungen aus und führte ausführliche Korrespondenzen mit Augenzeugen aus den neuen Bundesländern. Daher liegen die Stärken dieser lesenswerten Studie vor allem dort, wo auf dieser Quellengrundlage neue und wichtige Erkenntnisse gewonnen wurden.

Erfreulicherweise ist die Untersuchung nicht Berlin-zentristisch angelegt. Auch die Provinz, darunter die in früheren Untersuchungen stark vernachlässigten ländlichen Regionen, wird berücksichtigt. Zudem beschränkt Hagen das Ereignis nicht auf die berühmten drei Tage, sondern bezieht sowohl die Vorgeschichte als auch die in der Provinz noch Wochen später spürbaren Erschütterungen in seine Untersuchung ein. Die Dörfer waren keineswegs von den Ereignissen ausgenommen. Vielmehr hatte die ein Jahr vorher angelaufene erste Kollektivierungsphase auch hier genügend politische und soziale Aggressionen angestaut. Hagen untersucht regionale Schwerpunkte wie Bitterfeld, Dresden, Gera, Görlitz, Halle, Jena, Leipzig und Magdeburg, industrielle und berufliche Zentren der Unruhen, die Schauplätze der Volkserhebung, ihre Symbole und Sprache, Stürme oder Sturmversuche auf die Bastillen der SED, er benennt die Opfer und die Folgen und versucht schließlich eine angemessene Charakterisierung des Volksaufstandes. Die Frage, wie weit der 17. Juni Auslöser und Vorläufer für vergleichbare Entwicklungen in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei war, läßt er offen und verweist auf künftige Forschungsergebnisse. Wenn an dieser sonst ausgezeichneten Studie Kritik anzubringen ist, dann nur formal-sprachlich. Zum einen verwendet der Verfasser ohne erkennbaren Grund das Perfekt, wo in der Regel das Imperfekt, teilweise auch das Plusquamperfekt stehen müßte, so daß man manche Sätze wegen der dadurch unklaren Vor-, Gleich- und Nachzeitigkeit mehrfach lesen muß, um sie verstehen zu können. Eine andere Kritik, für die aber nicht der Autor den Anlaß liefert, bezieht sich auf die schlechte Klebebindung, die das Buch bereits nach erster Lektüre auseinanderfallen läßt.

Auch der von Kowalczyk, Mitter und Wolle herausgegebene Sammelband widmet sich dem 17. Juni. Die acht Einzelbeiträge – sechs davon von den Herausgebern – thematisieren einige bisher vernachlässigte Aspekte der Erhebung von 1953. Sie führen zu mitunter überraschenden, stets aber diskussionswürdigen und interessanten Ergebnissen. Stärker als Manfred Hagen und sich deutlich absetzend von früheren Forschungen über den 17. Juni, betonen die Mitarbeiter den breiten Ansatz der Bewegung, die über mehrere Wochen im Juni 1953 anhielt und dann noch einmal Anfang Juli aufflackerte. In seinem einführenden Beitrag betont Armin Mitter das vollständige Akzeptanzdefizit des SED-Regimes, dessen Tage vermutlich gezählt gewesen wären, wenn es nicht durch den Einsatz sowjetischer Panzer und des nach tiefer Krise notdürftig wieder funktionsfähig gemachten Repressionsapparates künstlich gestützt worden wäre. Weder handelte es sich um einen bloßen »Arbeiteraufstand« noch ging es in der Zielsetzung um die Rücknahme

der Normen oder um die Absetzung Ulbrichts. Die Parole »freie Wahlen« war grundsätzlicher Natur und zielte, wenngleich dies auf Spruchbändern nicht eigens verlangt wurde, auf die Abschaffung des DDR-Staates und letztlich auf die Wiedervereinigung.

Dennoch spielten, wie Mitter in der Einleitung darlegt, die unbefriedigende Entwicklung der Wirtschaft, der Leistungsdruck auf die Arbeiter bei gleichzeitigem Materialmangel und das ineffiziente System der Betriebsführungen eine maßgebende Rolle. »Normbrecher« wurden schon seit dem legendären Adolf Hennecke als »Arbeiterverräter« angefeindet. Bereits Ende 1952 kam es zu einer Streikwelle in Magdeburg, Berlin, Cottbus, Plauen und anderen Städten. Die im Mai/Juni 1953 durchgesetzten Normerhöhungen bildeten allenfalls den Abschluß einer Entwicklung, die zur Militanz der unzufriedenen Arbeiterschaft führte. Insgesamt sah man darin eine Bankrotterklärung von Partei und Regierung. Auch die unmittelbare Niederschlagung des Aufstandes durch sowjetische Panzer brachte keine dauerhafte Ruhe, so daß es im Juli erneut zu Arbeitsniederlegungen kam. Erst nach längerer Zeit fühlte sich das SED-Regime wieder stark genug, den Repressionsapparat gegen die »Provokateure« einzusetzen. Mit Terror, nicht durch eine langfristige politische Kurskorrektur, stabilisierte sich das System neu – eine »innere Staatsgründung«, wie die Herausgeber diesen Vorgang bezeichnen.

Der besondere Wert des Sammelbandes liegt in seinem breiten Blickfeld, das auch solche Personengruppen umfaßt, die im Zusammenhang mit dem 17. Juni bislang wenig beachtet wurden. Besonders erwähnt werden müssen hier die Artikel über die »Geistesarbeiter« und »Kulturschaffenden« (Ilko-Sascha Kowalczuk), die Mitglieder der (Ost-)CDU (Leo Haupts) und der evangelischen Kirche (Udo Baron). Alle drei Gruppen entziehen sich einfachen Generalisierungen. Gerade Wissenschaftler, Literaten und Künstler genossen bekanntlich in der DDR beträchtliche Privilegien, sofern sie sich einigermaßen konform verhielten. Dennoch sind hier, wie Kowalczuk schreibt, sorgfältige Differenzierungen nötig. Während sich Schriftsteller und Künstler in der Regel nicht an den Protesten beteiligten, reagierten Hochschullehrer, Studenten sowie Pädagogen unterschiedlich auf die Ereignisse. Trotz meist deutlicher Zurückhaltung gab es durchaus etliche Fälle, in denen Akademiker und Lehrer sich an Demonstrationen oder Streikaktionen beteiligten. Deutlicher war die Präsenz von Medizinern und Vertretern der technischen Intelligenz unter den Demonstranten. Verblüffende Parallelen im Verhalten gegenüber der Volkserhebung finden wir in der (Ost-)CDU und in den evangelischen Kirchen. Während die Partei zumindest als Juniorpartner an der Regierung beteiligt und somit – wenigstens nach offizieller Lesart – Träger des SED-Systems war, hatten die Kirchen bisher in viel stärkerem Maße die Repressionen des Regimes ertragen müssen. Dennoch war die Reaktion beider Gruppen auf die Unruhen ähnlich. Während die Spitzen von CDU und Kirche der Entwicklung eher ratlos gegenüberstanden und darum bemüht waren, die explosive Lage nicht noch weiter zu verschärfen, häuften sich an der Basis Anzeichen von Unmut über die Verhältnisse sowie von Sympathie für die Volkserhebung.

Eine Erkenntnis ist allen Beiträgen gemeinsam. Die Ereignisse um den 17. Juni, deren Ausläufer bekanntlich noch bis in den Juli 1953 andauerten, waren kein bloßer Protest von Bauarbeitern der Stalinallee, sondern eine von breiten Bevölkerungsschichten getragene Revolte. Die zeitweilig im Westen anzutreffende apologetische Sicht der Ereignisse zugunsten des SED-Regimes sollte der Vergangenheit angehören. Hervorzuheben ist für alle Beiträge die breite und solide Quellenbasis, durch die sich die Urteile und Rückschlüsse der Autoren auf weitaus sichererem Terrain bewegen, als dies in früheren Zeiten notgedrungen der Fall war.

Die Erforschung von Repression und Widerstand in der SBZ/DDR hat längst die Phase der Überblicksdarstellungen verlassen. Dank der neu zugänglichen Quellen konnte sie sich in letzter Zeit spezielleren Themenkomplexen zuwenden. In diesen Kontext

gehören auch Untersuchungen im Rahmen der sog. Jugendforschung sowie Monographien über die Studentenschaft und die Lage an den Hochschulen. Das von Waldemar Krönig und Klaus-Dieter Müller veröffentlichte umfassende Werk über Anpassung, Widerstand und Verfolgung an den Hochschulen der SBZ/DDR und unter den Studenten nimmt hierbei eine herausragende Stellung ein, denn der breite Ansatz der Studie, durch den auch scheinbar marginale Aspekte in die Fragestellung einbezogen werden, und die breite und sorgfältig erschlossene Quellengrundlage unterscheiden sich wohltuend von manchen »Schnellschüssen«, wie sie bei Themen mit publizistischer Hochkonjunktur häufig sind. Daß die Form der Darstellung dabei manchmal etwas zähflüssig wirkt, ist angesichts des Materialreichtums wohl unvermeidbar.

Die Studie schildert zunächst die Vorgeschichte des Themas und geht auch auf Diskussionen innerhalb der KPD sowie sowjetischer Stellen über das künftige Bildungssystem ein. Es folgt eine Darstellung des Alltagslebens, der sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Studenten in der SBZ. Der dritte Teil schildert die »Erstürmung der Festung Wissenschaft« durch die SED und den zunehmenden Einfluß der Partei auf die Hochschulen in allen Bereichen: Die Personalpolitik, Inhalte von Forschung und Lehre, die Rolle der FDJ innerhalb der Studentenschaft werden ebenso thematisiert wie die SED-Instrumente zur Beherrschung des gesamten Hochschulbereichs. Der zentrale Teil der Studie untersucht dann die »Studenten und die Sowjetisierung des Hochschulwesens«. Besonderes Augenmerk legen die Autoren auf den Prozeß der Neutralisierung von (potentiellen) Gegnern. Die zahlreichen dazu eingesetzten Methoden reichten von der Bespitzelung und der dadurch verursachten Atmosphäre von Mißtrauen und Angst bis zum versteckten oder offenen Terror, der die Opfer vielfach in deutsche Zuchthäuser oder sowjetische Arbeitslager führte und in einigen Fällen sogar mit der Hinrichtung endete. Ein Hindernis bei der »Gleichschaltung« bildeten kirchliche Einflüsse auf die studentische Jugend, vor allem die Evangelischen Studentengemeinden (ESG), die hier an den Fallbeispielen von Jena, Halle, Greifswald, Ost-Berlin und Güstrow untersucht werden. Der sog. Kirchenkampf nimmt daher einen wesentlichen Teil der Studie ein. Aber auch die Folgen dieser Politik werden in die Untersuchung einbezogen und bilanziert, vor allem die Fluchtbewegung in den Westen gerade von Angehörigen des Hochschulbereichs, mit der das SED-Regime sich – ohne Not und letztlich auch gegen die eigenen Interessen – unheilbare Schäden zufügte. Die Arbeit stützt sich auf Archivalien, die noch vor wenigen Jahren nicht zugänglich waren, darunter die Universitätsarchive Halle, Jena und Leipzig, dazu auf kirchliches Schriftgut, SED-Akten sowie Quellen aus westdeutschen Archiven. Zu erwähnen sind außerdem ca. 1 100 Interviews mit Zeitzeugen aus zwei verschiedenen Interviewprojekten. Ihre Einbeziehung sichert der Studie den Kontakt zum unmittelbaren Erleben der Betroffenen und bewahrt sie vor abstrahierenden Generalisierungen. Dem Bemühen um Wirklichkeitsnähe dient auch die Darstellung von zwanzig Einzelschicksalen früherer SBZ/DDR-Studenten. Statistisches Material und der Abdruck ausgewählter Dokumente sowie die wissenschaftlichen Apparate komplettieren den Band, den niemand ignorieren sollte, der sich mit der frühen DDR-Geschichte befaßt.

Abschließend seien noch zwei kleinere Schriften über die Universität Rostock genannt, die eine gute Ergänzung zu Krönig/Müller liefern, zumal bei ihnen die mecklenburgische Universität nicht mit gleicher Ausführlichkeit behandelt wird wie die Hochschulen in Berlin oder im Süden der DDR. Die erste Schrift gibt einen Überblick über Rostocker Studenten und Professoren, die in der frühen Nachkriegszeit Opfer politischer Verfolgung wurden. Anhand älterer Publikationen sowie jetzt zugänglicher Akten werden ausgewählte Einzelschicksale dokumentiert und die Namen von Angehörigen der Universität aufgelistet, die von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt wurden, unter ihnen auch der vermutlich in der UdSSR hingerichtete Arno Esch. Der zweite Band schließt zeitlich

an den ersten an, legt jedoch sein Augenmerk auf die Durchdringung und Überwachung der Rostocker Universität durch die SED bis zum Jahre 1989. Für den Zeitraum 1955–1989 dokumentiert der Verfasser die Berichte, die hohe Universitäts- und Parteivertreter allmonatlich an SED und MfS lieferten. In der Regel war es der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, dem solche Aufgaben oblagen. In welchem Maße politische Denunziation, Kontroll- und Spitzeldienste auch der persönlichen Karriere dienten, zeigt der Fall eines gewissen Dr. Heidorn, der sich mit seinem Eifer beim Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen als »unser Mann in Rostock« empfahl. Seine Dienste wurden in den 1960er und 1970er Jahren durch eine elfjährige Rektoratszeit und zum Ende der DDR-Ära durch das Amt eines stellvertretenden Ministers für das Hoch- und Fachschulwesen belohnt. Die Publikation beleuchtet, mit welchen, z. T. skrupellosen Methoden nichtmarxistische Hochschulangehörige, aber auch mißliebige Parteifreunde ausgeschaltet, denunziert, zur Flucht oder sogar zum Selbstmord getrieben wurden, wenn es galt, die Parteilinie und die eigene Karriere durchzusetzen. Andererseits enthielten die Berichte aus gleichen Motiven auch »geschönte« Wahrheiten, mit denen sich das Regime letzten Endes selbst belog. Anders als die übrigen hier besprochenen Veröffentlichungen gibt Wockenfuß einen zeitlichen Längsschnitt durch die Geschichte der DDR, der mit dem dramatischen Herbst 1989 endet. Insofern läßt sich am kleinen Ausschnitt der Rostocker Universität stellvertretend die Geschichte des gesamten SED-Staates beleuchten, auch die Phase seines Niederganges und Endes. Der letzte Bericht stammt vom 23. Oktober 1989, danach lösten sich die alten Strukturen zusehends auf. Gerade der enge lokale Blickwinkel der lesenswerten Studie zeigt, wie sich auch die »große« Geschichte am konkreten Einzelfall symptomatisch darstellt.